



Vorsicht, Sippenhaft am Grill

Endlich ist der Frühling da. In ganz Deutschland werden in diesen Tagen die Grills angeworfen. An der Debatte, ob auch Fleischloses angeboten werden sollte, wollen wir uns lieber nicht beteiligen. Stattdessen hat uns eine Warnung des Bunds der Versicherten aufgeschreckt. Der weist nämlich darauf hin: Wird das Grillfeuer mit Spiritus & Co. beschleunigt und kommt es dann zu einem Unfall, haften auch diejenigen, die bloß blöd herumstehen und den Spiritus nicht selbst in die Flammen gekippt haben. Vorher schlaue Ratschläge gegeben zu haben, man solle doch lieber keinen Spiritus verwenden, reicht nicht, um aus der Sippenhaft genommen zu werden. Das Oberlandesgericht Hamm hat tatsächlich vor ein paar Jahren entschieden, dass man in diesem Fall selbst aktiv einschreiten muss, um die Gefahr abzuwenden (Az. 9 U 129/08). Auch wenn's nach dem langen Winter schwerfällt, ist also Geduld am Grill gefragt. Bis der Grill ordentlich heiß ist, kann man ja dann zur Not doch noch mal über die Veggie-Optionen debattieren. dlm

hb.offrecord@vhb.de

Weniger Gewinn für Buffett

Auch US-Starinvestor Warren Buffett bekommt die Krise am Ölmarkt zu spüren. Zwar stieg der Nettogewinn der Beteiligungsgesellschaft Berkshire Hathaway im ersten Quartal um acht Prozent auf 5,6 Milliarden Dollar, nicht zuletzt dank außerordentlicher Gewinne durch den Verkauf von Aktien. Das operative Ergebnis ging aber um zwölf Prozent auf 3,7 Milliarden Dollar zurück. Die Eckdaten waren schon bei der Aktionärsversammlung gemeldet worden. Durch ein offizielles Dokument wurden nun aber Details öffentlich. Vor allem die Frachteisensbahngesellschaft BNSF schwächelte. Deren Gewinn fiel um ein Viertel, weil weniger Öl- und Kohletransporte nachgefragt wurden. Auch im Rückversicherungsgeschäft lief es nicht gut: Die Sparte rutschte wegen Rückstellungen für früher abgeschlossene Verträge beim Vorsteuerergebnis sogar ins Minus. HB

Die mutlosen Banken

Aus Angst vor Strafen scheuen deutsche Geldinstitute Iran-Geschäfte. Die Bundesregierung fordert mehr Engagement.

- ▶ Unternehmen zeigen sich zunehmend frustriert.
- ▶ Kreditmangel hemmt den Handel.

Mathias Brüggmann, Yasmin Osman, Dana Heide
Berlin, Frankfurt

Für die deutsche Industrie hätte die Einigung im Atomstreit mit Iran im vergangenen Jahr eigentlich der Auftakt für eine kleine Export-Sonderkonjunktur sein sollen. Doch auch Monate nach dem Ende vieler Sanktionen im Januar kommt der bilaterale Handel nur schleppend in Schwung. Der Grund: Nur wenige Banken sind bereit, Iran-Geschäfte zu finanzieren.

Die Geldhäuser als Bremsklotz für Exporte? Ein Thema, das zum Politikum wird. Schon mehrfach hat die Bundesregierung die heimischen Banken zu mehr Engagement gedrängt. Das Wirtschaftsministerium hat die Finanzbranche wiederholt zu Gesprächen ins Ministerium gebeten, zuletzt Mitte April, berichten Beteiligte.

Außerdem liegt dem Handelsblatt ein Brief von Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig und Finanzstaatssekretär Thomas Steffen an diverse Banken vor. Darin fordern sie die Institute zu größerer Finanzierungsfreude auf.

Das Atomabkommen werde langfristig nur Bestand haben, wenn die Erwartungen aller Beteiligten erfüllt würden, heißt es darin. Aus iranischer Sicht gehöre dazu eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union. „Dieses Ziel wird ohne das Engagement der Finanzwirtschaft nicht zu erreichen



Aufschwung erwartet

Wirtschaftsprognosen für den Iran
Veränderungen zum Vorjahr in %*

Brauttoinlandsprodukt**	2014	2015	2016
	+4,3 %	+1,0 %	+4,5 %

Einfuhren	2014	2015	2016
	+2,0 %	-5,0 %	+15,5 %

Bruttoanlageinvestitionen	2014	2015	2016
	+3,5 %	+0,5 %	+6,3 %

*Jahresangaben bis 20.3. des Folgejahres.
**in Marktpreisen
Quellen: Handelsblatt Central Bank of Iran, EIU, GTAI

sein.“ Machnig und Steffen würden es deshalb „sehr begrüßen“, wenn die Finanzwirtschaft die interessierten Unternehmen im Rahmen der „deutlich geänderten Rechtslage bei ihren Iran-Geschäften begleiten und die Finanzierung der Geschäfte mit Iran unterstützen würde. Hierzu gehört auch die Bereitstellung der Zahlungswege für die deutsche Wirtschaft“, schließt der Brief.

Genau daran hapert es. „Die Finanzierungsfrage muss jetzt gelöst werden, sie ist das Investitionshemmnis Nummer eins bei den Unternehmen“, sagte René Harun, Geschäftsführer der deutsch-iranischen Handelskammer in Teheran. Deutsche Banken würden „daran gehindert, Iran-Geschäfte zu finanzieren“, klagt Reinhold Festge, der Chef des Ver-

bands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA).

Doch viele Institute zögern. „Bislang beobachten wir eine enorme Zurückhaltung bei den Großbanken“, berichtet der Leiter des Firmenkundengeschäfts der Europäisch-Iranischen Handelsbank (EIH), Thomas Junge. Kleinere Institute wie Sparkassen und Volksbanken seien eher bereit, Gelder aus Iran-Geschäften für ihre Kunden anzunehmen.

Die Zurückhaltung hat Gründe: Anders als viele internationale Sanktionen sind die meisten US-Beschränkungen in Kraft geblieben. Dollar-Zahlungen etwa sind nach wie vor verboten. Und seit europäische Banken in den USA teils hohe Strafen für Geschäfte zahlen mussten, die lange Zeit auch aus Sicht der US-Behörden

als unbedenklich galten, sind sie verunsichert. Dazu trägt bei, dass das FATF, ein internationales Gremium zum Kampf gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung, Iran weiter als Hochrisikoland führt. Solche Warnungen zwingen zu besonderer Vorsicht.

So gehört die EIH zu den wenigen Instituten, die wieder voll eingestiegen sind. „Seit Mitte Januar können wir wieder Neugeschäfte annehmen“, sagt Junge. Die EIH finanziert seither europaweit Handelsgeschäfte mit Iran.

Vorsichtiger ist dagegen die DZ Bank. Sie hat nach eigenen Angaben den Zahlungsverkehr in Euro wieder aufgenommen, wickelt Zahlungen aber nur über die deutschen Töchter iranischer Banken ab. „Jede einzelne Zahlung wird dabei auf Sanktionskon-

formität hin überprüft“, so eine Sprecherin.

Die BHF-Bank, die ebenso wie die AKA Bank auf der Teilnehmerliste der jüngst verschobenen Iran-Reise von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel stand, denkt noch nach: „Die BHF-Bank prüft das Thema Iran, es ist aber noch keine Entscheidung gefallen“, sagte ein Sprecher.

Der iranischen Regierung wäre ein entschlosseneres Handeln wohl lieber: Selbst über den Kauf einer deutschen Bank haben die Offiziellen schon nachgedacht. Darüber sprach Irans Zentralbankchef Valliollah Seif mehrfach in Frankfurt mit Bankvertretern, ist in Finanzkreisen zu hören. Fündig wurden sie bislang nicht.

Kommentar Seite 26

Italienische Probleme für die Deutsche Bank

Staatsanwalt von Trani ermittelt wegen Marktmanipulation.

Es ist schon lange her, dass das Städtchen Trani die Welt bewegte. Im 13. Jahrhundert ließ Kaiser Friedrich II. hier zwischen Sporn und Absatz des italienischen Stiefels das Castello Svevo bauen. Später heiratete sein Sohn Manfred sogar im „Schwabenkastell“. „Stupor Mundi“, Staunen der Welt, nannten seine Anhänger den Stauferkaiser Friedrich. Wenn heute jemand aus Trani die Welt zum Stauern bringt, ist es meist Staatsanwalt Michele Ruggiero - eine Art Schrecken der Finanzwelt.

Angst vor großen Namen hat Ruggiero nicht. In Trani läuft noch ein Prozess gegen sechs Manager der Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch. Die Angeklagten sollen in den Jahren 2011 und 2012 Italiens Ansehen und Kreditwürdigkeit untergraben haben, so der Vorwurf des Staatsanwalts. Aber auch vor den heimischen Banken macht Ruggiero nicht halt: 2014 leitete er Ermittlungen gegen 62 Topmanager wegen Zinswucher ein.

Jetzt hat sich Ruggiero die Deutsche Bank vorgeknöpft. Der Staatsanwalt ermittelt wegen Marktmani-

pulation gegen das Geldhaus und fünf aktuelle und ehemalige Topmanager. Dabei geht es um den Verkauf italienischer Staatspapiere im Wert von sieben Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2011 - 90 Prozent des damaligen Bestands. Ruggiero wirft der Deutschen Bank vor, dass sie öffentlich versichert habe, dass die italienischen Staatsschulden stabil seien, gleichzeitig aber ver-



Ermittler Michele Ruggiero: Schrecken der Finanzwelt.

schwiegen habe, dass sie ihre eigenen Bestände an Staatsanleihen drastisch abbauen wolle.

Aus Finanzkreisen heißt es, dass die Bank damals versucht habe, den ungewöhnlich hohen Bestand an italienischen Staatsanleihen ihrer neuen Tochter Postbank abzubauen. Das habe nichts mit der Einschätzung der eigenen Volkswirte zur Tragfähigkeit der italienischen Staatsschulden zu tun gehabt.

Die Ermittlungen richten sich gegen Co-Bankchef Jürgen Fitschen, Ex-Co-Chef Anshu Jain, den früheren Vorstandsvorsitzenden Josef Ackermann, Ex-Risikochef Hugo Bänziger, und den ehemaligen Finanzchef der Bank, Stefan Krause. Die Ermittler in Trani beschlagnahmten am Mailänder Sitz der Deutschen Bank Dokumente und befragten Zeugen. Ein Sprecher der Bank sagte, man sehe hier keine rechtliche Grundlage, und man sei überzeugt, korrekt gehandelt zu haben. „Wir kooperieren natürlich auch weiterhin mit den Behörden bei jeglichen Anfragen bezüglich dieser Angelegenheit.“ mm

STAATSANLEIHEN

Üppige Rendite bei beachtlichem Risiko

Iran will Schulden bei Banken und Unternehmen abbauen und setzt daher verstärkt auf Islambonds.

Mahya Karbalaii
Teheran

Der iranische Staat ist hoch verschuldet. Kürzlich hat ein Bericht des Wirtschafts- und Finanzministeriums das Volumen der Staatsverschuldung erstmals beziffert: 5,4 Milliarden Rial lasten auf dem Land, nach offizieller Umrechnung etwa 156 Milliarden Euro. Unter anderem ist sie bei Banken und Unternehmen etwa aus dem Bau verschuldet.

Im laufenden iranischen Ge-

schaftsjahr (seit 21. März) will die Regierung Staatsanleihen im Volumen von umgerechnet acht Milliarden Euro begeben - zweieinhalbmal so viel wie im Vorjahr. Die Erlöse dürften genutzt werden, einen Plan des iranischen Präsidenten Hassan Rohani zu verwirklichen: Er will bis März 2018 alle Schulden an Banken und Unternehmen zurückzahlen.

„Solange die Regierung ihre Schulden bei Banken und Unternehmen nicht zurückzahlt, können wir keine besondere Entwick-

lung der Wirtschaft im kommenden Jahr erwarten“, sagt Hossein Abdoh Tabrizi, ein Berater des Bauministeriums. „Staatsanleihen zu emittieren ist die beste Lösung, die die Regierung hat.“ Dazu setzt die Regierung auf unterschiedliche Arten Scharia-konformer Wertpapiere. Die Islambonds werden seit September vergangenen Jahres mit Laufzeiten zwischen vier und 52 Wochen über die Bank Melli begeben.

Die Zinsen sind hoch: Die effektive Rendite der ersten Serie von

islamischen Staatsanleihen hat 30,1 Prozent erreicht. Das ist deutlich mehr als die Inflation von zuletzt 16,5 Prozent, so dass die Nachfrage von privaten iranischen Investoren hoch sein dürfte.

Bei künftigen iranischen Staatsanleihen wird erstmals der Handel über einen Sekundärmarkt möglich sein: Das heißt, Käufer können die Bonds an der „Iran Fara Bourse“ weiterveräußern. Erstmalig werden aktuelle Kurse von einem offiziellen Marktplatz reguliert und veröffentlicht. Innerhalb

von drei Jahren will Fara Bourse das Handelsvolumen mit Anleihen auf 16,5 Milliarden Dollar pro Jahr steigern.

Die Handelbarkeit lockt ausländische Anleger, die allerdings auch das Wechselkursrisiko auf die Rial-Anleihen tragen. Der norwegische Ölfonds hat bereits beschlossen, wieder in iranische Staatsanleihen zu investieren. Für Anleihen in Euro oder Dollar fehlt dem Land noch eine Bonitätsnote einer anerkannten Ratingagentur.

ANZEIGE

Berlin, Berlin, Sie ziehen nach Berlin?

36 GUTSCHEINE für attraktive Angebote in Berlin

Im Handel erhältlich oder einfach versandkostenfrei bestellen!
260 Seiten | nur 8,50 €

www.tagesspiegel.de/neu-in-berlin
Bestellhotline (030) 290 21-520

TAGESSPIEGEL
RERUM COGNOSCERE CAUSAS